

Nicht- und AfD-Wähler brauchen scharfe linke Antworten

Das großartige Ergebnis von Bodo Ramelow und den Thüringer Genossinnen und Genossen darf uns keinesfalls über die schweren Niederlagen hinwegtäuschen. Persönlichkeiten wie Sahra Wagenknecht, Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und/oder Bodo Ramelow können den auch von der LINKE freigesetzten Trend ins Nichtwählerbecken durchaus erheblich bremsen.

Gleichwohl: Auch in Thüringen wurde die AfD zweistellig.

Erinnern wir uns, ein linker Parteispitzenvertreter entgegnete mehrfach am Anfang dieses Jahres (zum Beispiel bei der Delegiertenberatung in Hannover) auf das Papier von uns beiden (Diether und Wolfgang), es sei völlig unsinnig, die AfD weiter „so wichtig zu nehmen und aufzuwerten“. Die AfD würde sich „gerade selbst zerlegen und unter drei Prozent herumdümpeln“. Seine strategisch-prognostische Weitsicht hatte eine Halbwertszeit von gerade elf Stunden. Als nämlich die nächste Umfrage veröffentlicht wurde, lag die AfD bei 6,7 Prozent – unterbewertet, wie wir jetzt nach der Europawahl, nach Sachsen, Brandenburg und Thüringen wissen.

Der Partei wurde die EU-Kritik abgeschliffen. Anträge im Parteivorstand, Freihandelsabkommen und Ukraine-Krieg ins Zentrum unserer Wahlkämpfe zu rücken, wurden mit zwar knappen Mehrheiten, aber umso selbstgefälliger Vollmundigkeit abgelehnt: Umfragen hätten klar erwiesen, dass „TTIP“ den Wählern unbekannt sei. Und das Pochen auf deutsche Rechtsstaatlichkeit und Souveränität gegen das Freihandelsabkommen könne leicht „ins Nationalistische und Europafeindliche abrutschen“. Und: der Maidan sei ja auch eine Emanzipation; man solle die Faschisten dort nicht überschätzen. Und wenn, dann würden ja in der Ostukraine nur ukrainische Nazis gegen russische Nazis Krieg führen. Wir seien also auch hier mit Äquidistanz bestens beraten.

Heute sind sich alle ernsthaften Wahlforscher darin einig, dass bei den Stoßrichtungen der AfD neben ihrem Rechtspopulismus und der "inneren Sicherheit" (auf die DIE LINKE auch Antworten geben muss, durchaus mit mehr, gut ausgebildeter Polizei und weniger schwarzen Sheriffs von privaten Sicherheitsdiensten), vor allen Dingen die EU-Kritik im Zentrum steht. Hier ist auch tatsächlich viel Fehlanzeige in unserer Partei und es besteht entschiedener Bedarf daran. (In Brandenburg wurden Bürgerinitiativen zudem noch mehrfach vor den Kopf geschlagen.)

Die SPD begann Ende der Siebziger, ihre („Brandt-“)Wählerschaft zu zerlegen, als sie anfing, Empfindungen, Ängste und Ärger der sogenannten „kleinen Leute“ als altmodisch zu belächeln und sie den neuen Mittelschichten und deren Sicht, Eloquenz und Rhetorik unterzupflügen (u. a. mit den Wentz-Hombach-Thesen, dann mit Schröder/Blair). Was an Empfindungen heute durch linke „Meisterstrategen“ kampfflos der AfD preisgegeben wird (auch positive Bezüge zu DDR-Alltäglichkeiten), erinnert an den Snobismus mancher damaliger SPD-Führer.

Wir decken zu viel Konflikte mit Worthülsen zu, haben Angst vor zu scharfer, und darum auch populärer Imperialismuskritik, sind nur noch ungenügend Partei für gesellschaftliche Themensetzung (und Antworten auch für die „kleinen Leute“) und verfallen in zunehmende Selbstbeschäftigung intriganter Possen- und Postenspiele. Und diese Kritik nimmt weder uns, unsere Parteiführung, noch irgendeine Strömung aus. Die Wahlergebnisse sollten uns Menetekel sein. Denn in einem hat die Kanzlerin recht: Die AfD-Ergebnisse sollten eine Warnung an alle Parteien sein, anstatt sich nur gegenseitig mit dem Zeigefinger auszudeuten.

Es ist zwar sicher gelegentlich gut, wenn unproduktive Zwistigkeiten vor Parteitagungen zugedeckt oder vor Zerreißproben durch Kompromisse gedimmt werden, weil diese von Menschen außerhalb der Partei oft nicht verstanden und somit für feindselige Medien zum „gefundenen Fressen“ werden. Wenn aber daraus auch ein Zudecken kategorialer Diskurse wird, haben sowohl die Partei als auch ihre Strömungen Hausaufgaben übersehen. Einheit und scharfes Profil widersprechen sich nicht – weder in unseren Augen, noch bei den Wählerinnen und Nichtwählern. Wo linke Parteien und die Gesellschaft still stehen, drängen schon seit je her die demobilisierenden Kampfbegriffe von rechts und oben ungehindert in die gesellschaftlichen Widerstandspotenziale ein.

Wie leicht kann heute Kritik an der israelischen Bombardierung des Gaza als „antisemitisch“ diffamiert werden. Wie leicht kann linke Kritik an der EZB als "europafeindlich" abgetan werden. Die Entlarvung kriegsbegünstigender Medienmanipulationen werden als „Verschwörungstheorien“ diskreditiert (Siehe: Sabine Schiffer, Freidenker, Heft vom September 2014). Das Verteidigen von demokratischer Rechtsstaatlichkeit in einer Nation wird als „Nationalismus“ und das Verlangen nach Stärkung des Öffentlich-Rechtlichen als „reformfeindlich“ verunglimpft. Gewerkschaften sind „altmodisch“ und die neue und alte Friedensbewegung, wo sie Atomraketen von „deutschem Boden“ wegwünschten, kriegt „national-nostalgisch“ um den Hals gehängt. Die Linke war zu oft bemüht, bei diesen Konflikten nur „ungeschoren davonzukommen“. Mit Nachgiebigkeit gegen herrschende Propaganda und Begriffsunschärfe und -verdrehung wirkt die Linke oft aber so langweilig und punktuell so feige wie die anderen „etablierten“ Parteien.

So blieben wir von der Europawahl über die Sachsen- bis Brandenburg-Wahl weit unter unseren Möglichkeiten und so sind auch künftig schwer Wahlen zu gewinnen.